

Antrag Nr. 10-F-07-0033

Bürgerliste Wiesbaden

Betreff:

Ausländerbeirat
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 01.12.2010 -

Antragstext:

Der Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Wiesbaden ist aus verschiedenen Gründen reformbedürftig: Die Zusammensetzung ist nicht repräsentativ, die Wahlbeteiligung unbefriedigend, die finanzielle Unterstützung verfassungsfeindlicher Gruppierungen widerspricht dem Auftrag, die Integration zu fördern. Diese Problematik ist nicht auf Wiesbaden beschränkt, in vielen andern deutschen Städten werden inzwischen neue Wege beschritten. Kürzlich hat z.B. Mannheim anstelle der Wahl ein Berufungssystem für den dortigen Integrationsbeirat eingeführt. Das Landesgesetz zu Ausländerbeiräten in Rheinland-Pfalz wurde 2008 geändert, erlaubt nunmehr auch Berufungen und gibt den Kommunen mehr Einfluß auf die Organisation. Ähnlich in Nordrhein-Westfalen. In Baden-Württemberg entscheiden die Gemeinden selbst über die Modalitäten der Ausländervertretung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Vorstellungen für eine funktionsgerechte Ausländervertretung zu entwickeln, im besonderen zu prüfen, was auf kommunaler Ebene geändert werden kann (Beispiel: Vergabe von Geldern an Vereine durch den Ausländerbeirat).
2. In diesem Zusammenhang Gespräche mit der Landesregierung zu führen und langfristig darauf hinzuwirken, daß neue Formen der Ausländervertretung ermöglicht werden und die Kommunen dabei mehr Spielraum erhalten.

Wiesbaden, 02.12.2010

F.d.R. K.H. Maierl,
Fraktionsgeschäftsführer